

Internationale Verflechtung und regionale Entwicklung

*Eine kritische Literaturübersicht**

Angesichts der hohen und weiter zunehmenden außenwirtschaftlichen Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland erscheint es dringend geboten, die sich hieraus ergebenden Wirkungen auf die Entwicklung der westdeutschen Raumstruktur genauer zu analysieren. Denn es gibt keinen Zweifel: weder die Veränderung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums selbst, noch der sich beschleunigende Strukturwandel, noch schließlich der enger werdende Handlungsspielraum des Staates ist ohne Beachtung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch nur ansatzweise erklär- und begreifbar. *Neue Weltmarktbedingungen* berühren die zentralen Bausteine, auf die sich die westdeutsche Gesellschaft stützt. Zu nennen sind insbesondere: die mit der Ölpreiserhöhung einsetzende Weltwirtschaftskrise mit ihren dramatischen Folgen für Volumen und Qualität des Welthandels; die Ölpreishausse selbst; das Ende des Systems der fixen Wechselkurse und, damit verbunden, die massive Aufwertung der D-Mark; eine sich grundlegend ändernde Weltmarktnachfrage im Zuge der jetzt einsetzenden, sog. „Dritten Industriellen Revolution“; und schließlich, vielleicht sogar vor allem, eine sich deutlich verschärfende Konkurrenz auf den Weltmärkten, verursacht insbesondere durch das immer weitere Vordringen der Schwellenländer und Japans, wobei sich in beiden Fällen die Konkurrenz nicht nur auf den westdeutschen Binnenmarkt, sondern, wichtiger noch, auf alle für die Bundesrepublik wichtigen Auslandsmärkte bezieht.

Erstaunlich und überraschend ist, daß trotz dieser Zusammenhänge Arbeiten, die die Auswirkungen dieser Entwicklungsprozesse in regionaler Hinsicht genauer zu erfassen versuchen, selten geblieben sind und fast immer nur branchen- bzw. regionalspezifische Einzelaspekte behandeln. Es ist kaum übertrieben, von einer Art „Nicht-Thematisierung“¹ zu sprechen. Verblüffend ist dies um so mehr deshalb, weil die prinzipielle Bedeutung der Fragestellung seit langem innerhalb der Regionalforschung erkannt und darüber hinaus von den politischen Parteien unterstrichen wurde. Auch das Raumordnungsgesetz fordert, die Auswirkungen zwischenstaatlicher Verträge, und dazu gehört Außenwirtschaftspolitik, auf die räumliche Entwicklung des Bundesgebiets, „in Sonderheit dessen regionale Wirtschaftsstruktur“ zu analysieren und zu beachten. Dieses Forschungsdefizit wird um so mehr bedenklich, wenn der Verweis auf die internationalen Zusammenhänge in öffentlichen Diskussionen allzu pauschal, vorschnell und einseitig eingesetzt wird, sei es, um schmerzhaftige Anpassungsprozesse generell zu rechtfertigen, sei es um regionalpolitisches Nichtstun zu begründen.

Es erscheint daher sinnvoll, einmal einen Überblick über die bisher veröffentlichten Arbeiten zu geben. Es soll dabei

versucht werden, sowohl die wichtigsten methodischen Besonderheiten der jeweiligen Studie als auch ihre zentralen Aussagen zusammenzufassen. Ziel ist, deutlich zu machen, daß regionalwissenschaftliche Analysen die *internationale Verflechtung* der Regionen als *zentrale Entwicklungsbedingung* wesentlich stärker als bisher beachten müssen. Im Einzelnen:

– Erstmalig untersuchten *M. Körber-Weik* und *H. Enke* im Auftrag des baden-württembergischen Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr die Auslandsverflechtung dieses Bundeslandes im Zeitraum 1960 bis 1979. Wichtig ist diese Arbeit zunächst aus methodischen Gründen, da hier zu Recht zwischen direkter und indirekter Auslandsverflechtung bewußt unterschieden wird. Dabei sind die direkten Beziehungen zum Ausland mit Hilfe der allgemein verfügbaren statistischen Daten mehr oder weniger umfassend meßbar, insbesondere: Exporte und Importe entsprechend der Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes; Auslandsumsätze und Exportquoten im Rahmen der Statistik im Produzierenden Gewerbe; sowie Dienstleistungen und private Übertragungen im Rahmen der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß im Rahmen dieser Studie die vorhandenen Daten erstmalig vollständig vorgestellt, ihr Aussagegehalt bewertet und in einen größeren Zusammenhang eingeordnet wird. Die indirekte Auslandsverflechtung, die besonders in Teilregionen als wichtig angesehen werden muß, wird zusätzlich mit Hilfe einer für Baden-Württemberg vorliegenden regionalen Input-Output-Tabelle analysiert, die 1980 vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg als Sonderaufbereitung für das Jahr 1972 vorgelegt werden konnte. Die Studie von *Körber-Weik* und *Enke* ist damit die bislang *einzigste* Arbeit, die die *direkte und indirekte Auslandsverflechtung* eines Bundeslandes umfassend und in empirisch befriedigender Weise analysieren konnte.

Die Bestandsaufnahme ist allerdings nicht als Abschluß, sondern als Anfang weiterer Arbeit zu betrachten. Belegt wird das hohe Ausmaß der regionalen Außenverflechtung, das einmal mehr die große Bedeutung internationaler Entwicklungen auch für Teilgebiete der Bundesrepublik unterstreicht: im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs ist bereits rd. jeder dritte Arbeitsplatz direkt oder indirekt vom Exportgeschäft abhängig. Hier liegt die Exportintensität noch über dem Bundesdurchschnitt. Typisch ist auch die Struktur der hiesigen Außenhandelsverflechtung nach Gütergruppen. Kennzeichnend für Baden-Württemberg ist eine vergleichsweise *starke Weltmarktstellung bei qualifizierten Gütern*, der umgekehrt eine besonders hohe Abhängigkeit vom Import von Rohstoffen und rohstoffnahen Produkten entspricht. Im Exportgeschäft dominieren der Fahrzeug- und der Maschinenbau sowie die Elektrotechnische Industrie. Diese Branchen sind zugleich die wichtigsten Exportüberschußbranchen und erklären auch den im Vergleich zum Bundesgebiet relativ hohen Gesamtexportüberschuß Baden-Württembergs.

Offen bleibt in dieser Arbeit dagegen die Frage nach den Wechselwirkungen zwischen der internen Entwicklung des Landes und seiner außenwirtschaftlichen Position. Inwieweit erklärt die zum Teil historisch bedingte, besondere Wirt-

* Zu den im Folgenden dargestellten Studien siehe das Literaturverzeichnis am Ende des Beitrags.

1 So eine Formulierung von *Hoormann, J.* u. a.: siehe Literaturverzeichnis am Ende des Beitrags, a. a. O., S. 3.

schaftsstruktur des Landes (mittlere Unternehmensgröße, große Bedeutung der Investitionsgüterindustrie, wenig Rohstoffe) seine besonders hohe Exportintensität? Welche Auswirkungen hat die sich verstärkende Außenorientierung in regionaler Hinsicht? Hier, so auch das Fazit der Autoren, müssen jetzt weitere Arbeiten ansetzen.

– Ähnlich stark empirisch orientiert wie diese Fallanalyse Baden-Württembergs ist eine Veröffentlichung von *Thomas Schnöring*, die den Zusammenhang von regionaler Industrieproduktion und der Entwicklung internationaler Absatzmärkte am Beispiel der *norddeutschen Küstenländer* Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen thematisiert. *Schnöring* war Mitarbeiter am Institut für Regionalforschung der Universität Kiel, das sich seit Anfang der 70er Jahre in mehreren, teilweise abgeschlossenen Forschungsprojekten mit der hier im Vordergrund stehenden Problemstellung beschäftigt. Im Mittelpunkt seiner Arbeit steht allerdings nur die Exportentwicklung des norddeutschen Raumes (1960 – 1976). Alle anderen Formen des Internationalisierungsprozesses werden vorläufig ausgeblendet. *Schnöring* analysiert das Ausmaß, dann die Ziellandstruktur der norddeutschen Ausfuhren.

Wieder zeigt sich das hohe Maß an internationaler Verflechtung auch auf der Ebene der Bundesländer. Gleichzeitig verläuft die Exportentwicklung hier allerdings ungünstiger als im übrigen Bundesgebiet. Bremen und Hamburg sind besonders betroffen. Der Grad an Exportorientierung liegt daher in den Küstenländern 1976 leicht unter dem Bundesdurchschnitt (1960: deutlich darüber), was nach Meinung *Schnörings* zunächst mit der *Industriestruktur* des Raumes zu erklären ist. Diese wiederum steht in engem Zusammenhang mit geographischen Gegebenheiten (Küstenregion) und dem historischen Entwicklungsprozeß der Region. Typisch insbesondere für Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen ist zum einen die stark exportabhängige *Schiffsbauindustrie*; diese kann jedoch ihre hohe Exportquote im Untersuchungszeitraum nicht halten und geht überdies generell in ihrer Bedeutung zurück. Ebenso typisch sind aber *wenig exportorientierte Branchen*, vor allem die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, in Schleswig-Holstein und Hamburg darüber hinaus die Mineralölverarbeitung, der Sektor Druckereien und Vervielfältigung (Schleswig-Holstein) sowie die NE-Metallindustrie (Hamburg). Umgekehrt sind die eigentlichen Wachstumsbranchen der westdeutschen Exportindustrie, nämlich der Maschinenbau, die Elektrotechnik und die Chemische Industrie und nicht zuletzt der Straßenfahrzeugbau (letzterer mit Ausnahme von Niedersachsen) vergleichsweise schwach oder gar nicht entwickelt, bzw. nur in Form von Zweigbetrieben der großen westdeutschen Konzerne oder in Abhängigkeit von anderen typischen Wirtschaftszweigen Norddeutschlands (z. B. als Zulieferer für den Schiffsbau) vertreten. Letzteres führte in einigen Branchen zu Produktionsbereichsstrukturen, die der internationalen Nachfrageentwicklung weniger gut angepaßt sind, als dies sonst in der Bundesrepublik der Fall war.

Aufgrund dieser Analyse kritisiert *Schnöring* zugleich Untersuchungen, die, wie beispielsweise die Raumordnungsprognose 1990, die Auswirkungen internationaler Entwicklungen allein mit Hilfe des *sektoralen Ansatzes* zu erfassen versu-

chen. Denn hier wird unzutreffenderweise unterstellt, die internationale Wettbewerbsposition der Sektoren würde im wesentlichen von Bestimmungsfaktoren beeinflusst, die für alle Regionen annähernd gleich, gewissermaßen regionsunspezifisch seien. Daher wird, um etwa die regionale Export- und Importentwicklung abschätzen zu können, die internationale Güterverflechtung der einzelnen Branchen auf nationaler Ebene entsprechend der regionalen Wirtschaftsstruktur auf die zu untersuchenden Gebiete übertragen. Zwar spielt, wie *Schnöring* in seiner Arbeit selbst zeigt (s. o.), die jeweilige Wirtschaftsstruktur in der Tat eine entscheidende Rolle. Zumindest in Norddeutschland sind aber andere Faktoren ebenfalls für die regionale Exportentwicklung bestimmend, neben der schon erwähnten Produktpalette einzelner Branchen insbesondere Merkmale und Marktstrategien einzelner Großunternehmen, spezielle Standortbedingungen sowie, speziell zur Analyse der Ziellandstruktur der Exporte, die geographische Nähe zu einzelnen Abnehmerländern, die u. a. den relativ großen Anteil des Exports der norddeutschen Bundesländer nach Skandinavien und Übersee (Seeweg) erklärt.

– *Schnöring* war auch Mitarbeiter der 1979 ebenfalls vom Institut für Regionalforschung in Kiel vorgelegten Studie „*Auswirkungen der europäischen Integration auf die großräumige Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland*“, die als Auftragsforschung des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (BMBau) unter Leitung von *K. Peschel* erarbeitet wurde. Ziel dieser ersten quantitativen Untersuchung über regionale Implikationen der EG ist es, die Folgen der integrationsbedingten Veränderungen der westdeutschen Exporte und Importe für die *regionale Arbeitsmarktentwicklung* zu ermitteln. In Ansatz und Konzeption unterscheiden sich also beide Arbeiten erheblich: untersucht *Schnöring* allein die regionale Exportentwicklung, werden hier Ausfuhren und Einfuhren gegenübergestellt. Der Schluß von der Export- und Importentwicklung auf die Beschäftigungssituation wird dabei methodisch durch die vereinfachende Annahme ermöglicht, daß in allen Regionen die Arbeitsproduktivität der einzelnen Branchen identisch ist (hier wird also mit dem oben kritisierten sektoralen Ansatz gearbeitet). Umsatzänderungen als Folge integrationsbedingter Veränderungen der Aus- und Einfuhren führen demnach zu Neueinstellungen/Entlassungen von Arbeitskräften, wenn ein gesteigerter Umsatz die gleichzeitig in dieser Branche gewachsene Arbeitsproduktivität überschreitet/unterschreitet. Darüber hinaus stellt *Peschel* allein auf den präferenziellen Charakter der EWG-Vertragsbestimmungen ab. Die Integrationseffekte dieser Verträge waren also von anderen Einflüssen, die auf Veränderungen des internationalen Handels hinwirken, zu trennen, ein Problem, das mit Hilfe des Residualverfahrens zu lösen versucht wurde.

Trotz dieser Eingrenzung der Fragestellung allein auf den präferenziellen Charakter der EWG-Vertragsbestimmungen sowie allein auf die Entwicklung in den Industriezweigen der Bundesrepublik sind die Ergebnisse dieser Arbeit in mehrerer Hinsicht überraschend. In geographischer Hinsicht zeigt sich erneut, daß die norddeutschen Regionen 1960 zu den am stärksten exportorientierten Gebieten zählen, dieses Merkmal jedoch im Laufe der Untersuchungsperiode (bis 1972) zugun-

sten der süddeutschen und nordwestdeutschen Gebiete verlieren. Darüber hinaus belegt eine Korrelationsberechnung den engen Zusammenhang zwischen regionaler Exportentwicklung und Siedlungsstruktur. Generell sind *Verdichtungsgebiete stärker auf ausländische Absatzmärkte orientiert* als periphere Regionen. Der Vergleich der Export- und Importintegrationseffekte macht schließlich deutlich, daß die europäische Integration der übergreifenden Zielsetzung der Raumordnungspolitik – Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse – durchaus in gewisser Weise entgegensteht.

Eine im Vergleich zum Bundesdurchschnitt *günstige Entwicklung* hatten nämlich zu verzeichnen: fast alle *städtischen Regionen* (Ausnahme Hamburg aufgrund des vergleichsweise geringen Grades der Exportorientierung und einer relativ starken Abhängigkeit von überseeischen Absatzmärkten) sowie einige ländliche Regionen, in denen Großunternehmen in Form von Zweigniederlassungen vertreten sind (in Niedersachsen z.B. Emden). Regionen dagegen, die einen unterdurchschnittlichen Entwicklungsstand aufweisen und zugleich weniger verdichtet sind, verzeichneten i.d.R. überdurchschnittliche Beschäftigungsrückgänge, die auch durch wachsende Exporte nicht aufgefangen werden konnten (in Niedersachsen zum Beispiel die BfLR-Bereiche Lüneburg-Uelzen und Osnabrück-Lingen). *Peschel* sieht daher einen *Konflikt* zwischen dem Ziel einer Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung und dem Zielbereich „Wirtschaftsstruktur“ der Raumordnungspolitik der Bundesrepublik.

– Im Rahmen der Diskussion um neue weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen hat die wachsende *Importkonkurrenz aus einigen Entwicklungsländern* in den vergangenen Jahren zumeist besonderes Aufsehen erregt. Entscheidend ist dabei weniger die quantitative Bedeutung der Entwicklungsländereinfuhren als solche. Anpassungsprobleme verursachen vielmehr die starke Konzentration dieser Einfuhren auf wenige, i.d.R. lohnintensive Branchen, der hohe Anteil sogenannter Problemgruppen an den vom Strukturwandel betroffenen Beschäftigten (gering qualifiziert, hohe Frauenbeschäftigung etc.) sowie die geringe Wirksamkeit der traditionellen wirtschaftspolitischen Instrumente, die eine Anpassung erleichtern sollen.

In diesem Kontext entstand schon 1975 am *Institut für Weltwirtschaft* an der Universität Kiel die Arbeit von *Dicke et al.*, die das Problem der Einfuhren aus den Entwicklungsländern an folgenden fünf Branchen untersucht: Lederverarbeitende Industrie, Schuhindustrie, Textilindustrie, Bekleidungsindustrie und feinmechanische und optische Industrie. Im Mittelpunkt stand hierbei die Frage, welche Beschäftigungswirkungen von einem weiteren Abbau der tarifären und mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen im Handel mit den Entwicklungsländern zu erwarten wären. Das Ergebnis: zwei der hier untersuchten Branchen, die Lederverarbeitung und die Bekleidungsindustrie, werden durch vermehrte Einfuhren aus Entwicklungsländern fast vollständig verdrängt. In der Bekleidungsindustrie werden zum Beispiel allein bis 1985 Freisetzungseffekte in Höhe von rd. 40% der Beschäftigten des Jahres 1972 erwartet. In der Schuhindustrie sind dagegen rd. ein Drittel und in der Textilindustrie rd. ein Viertel der

1972 vorhandenen Arbeitsplätze gefährdet. Lediglich die feinmechanische und optische Industrie dürfte, so die Erwartung der Autoren, nur vergleichsweise wenig durch vermehrte Einfuhren aus Entwicklungsländern betroffen sein.

Mit Hilfe eines Verfahrens, das dem der *Peschel-Studie* weitgehend ähnelt, werden anschließend regionale Beschäftigungseffekte und Auswirkungen auf die Entwicklung der regionalen Arbeitslosenquoten untersucht und geschätzt. Generell wird erwartet, daß vor allem *ländliche Regionen überproportional mit Anpassungsproblemen konfrontiert* sein werden, da hier die „Krisenbranchen“ ein nach wie vor großes Gewicht besitzen, andererseits Wirtschaftssektoren, die aus einer intensivierten internationalen Arbeitsteilung eher Wachstumsimpulse beziehen (u.a. Investitionsgüterindustrien) wenig und oft nur mit marginalen, d.h. längerfristig nicht konkurrenzfähigen Anbietern vertreten sind. Bereits für 1985 rechnet die Studie daher mit regionalen Arbeitslosenquoten in der Höhe von bis zu 28%. Besonders stark negativ betroffen sind Niedersachsen, Saarland, Hessen und einige Teile Bayerns.

Trotzdem sollte nach Auffassung der Autoren langfristig der Bedarf stärker aus Einfuhren der Länder der Dritten Welt gedeckt werden, indem noch bestehende Handelsschranken weiter abgebaut werden. Denn die Anpassungsprobleme in den untersuchten Branchen lassen sich – so die zentrale These – wirtschaftspolitisch am ehesten durch *aktive Strukturpolitik* lösen. Da das größte Hindernis hierbei das unterdurchschnittliche Qualifikationsniveau der Beschäftigten dieser Industriezweige ist, gilt es insbesondere die Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung auszuschöpfen und ggf. zu erweitern. In wirtschaftsschwachen Regionen mit überdurchschnittlichem Besatz der gefährdeten Industriezweige sollten außerdem Investitionshilfen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze nur in solchen Branchen gewährt werden, für die die Bundesrepublik auch langfristig Standortvorteile besitzt. Aus diesen Gedanken entstand später, auch am Institut für Weltwirtschaft selbst, die Konzeption der „Innovationsorientierten Regionalpolitik“, die auf das endogene Entwicklungspotential der strukturschwachen Gebiete setzt.

– Anders argumentieren in diesem Punkt *J. Hoormann, E. Lütke-Daldrup* und *J. Walter* in ihrer Studie „*Internationaler Handel und regionale Beschäftigungseffekte*“, der bislang einzige Versuch, die wahrscheinlichen Arbeitsmarkteffekte der im Vergleich zu den 70er Jahren noch einmal geschwächten Binnenmarktentwicklung und der gleichzeitig zunehmenden Internationalisierung für *alle Branchen* und *flächendeckend* für die Bundesrepublik für das Jahr 1990 zu prognostizieren. Das hierbei verwendete Verfahren ist außerordentlich aufwendig und beschreibt die Entwicklung für alle 29 Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes und sämtliche Arbeitsamtsbezirke im Einzelnen.

Die Autoren gehen dabei von folgenden *Annahmen* aus: leichte Verringerung der durchschnittlichen Wachstumsraten des Außenhandels in den 80er Jahren, wobei die Schere zwischen Import- und Exportsteigerungsraten allerdings enger wird, die Importe also nicht länger schneller zunehmen als die Exporte; jährliche Steigerung der Inlandsnachfrage für das Verarbeitende Gewerbe von 2,2%, wobei das Wachstum

hauptsächlich von den Branchen Chemische Industrie, Elektrotechnische Industrie, Holzverarbeitung, Kunststoffindustrie und Büromaschinen und ADV-Gerätebau getragen wird; eine im Vergleich zu den 70er Jahren gleichbleibend schnelle Steigerung der Arbeitsproduktivität (ein stärkeres Wachstum der Stundenproduktivität wird durch eine Verringerung der Arbeitszeit pro Erwerbstätigen ausgeglichen). Im übrigen handelt es sich um eine Status-Quo-Prognose, in der unterstellt wird, daß das in den 70er Jahren bestimmende Wirkungsgefüge auch bis 1990 Gültigkeit hat, eine Annahme, die in vieler Hinsicht nicht ohne Probleme ist.

Trotz dieser Einschränkung sind die Ergebnisse der Arbeit von Hoormann et al. ernst zu nehmen, da sie zeigen, was passieren kann, wenn sich die gegenwärtigen, ungünstigen Entwicklungsfaktoren weltweit und in der Bundesrepublik nicht grundlegend zum Besseren wenden. Dabei sticht vor allem die *hohe Sensibilität der Regionen gegenüber dem Weltmarkt* auch hier wieder ins Auge, die noch einmal unterstreicht, daß regionalwissenschaftliche Untersuchungen die internationale Verflechtung der Wirtschaft stärker als bisher beachten müssen. Denn während die Autoren bundesdurchschnittlich einen internationalisierungsbedingten Arbeitsplatzverlust bis 1990 von $-4,3\%$ errechnen, liegen die regionalen Extremwerte bei $+5,0\%$ und $-22,9\%$. Der großräumige Vergleich ergibt ein überwiegend positives Abschneiden der Regionen Südbayern, Rheinland-Pfalz, Bremen (die Entwicklung der Schiffsbauindustrie wurde in dieser Studie aus methodischen Gründen ausgeklammert), Rhein-Main-Gebiet und einige Teile Niedersachsens. Als Hauptproblemgebiete erscheinen umgekehrt der Nordwesten und Südosten Niedersachsens, Teile Nordrhein-Westfalens und des Saarlandes sowie die Räume Kassel und Offenbach in Hessen und Pforzheim, Villingen-Schwenningen und Stuttgart-Ludwigsburg in Baden-Württemberg. Generell gilt, daß *internationalisierungsbedingte Arbeitsplatzverluste* nach dieser Untersuchung nicht nur in Regionen mit arbeitsintensiven Verbrauchsgüterindustrien auftreten, sondern auch in Regionen mit bestimmten *Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien*.

– Gibt es auch einen Zusammenhang zwischen *ausländischen Direktinvestitionen* und der Entwicklung regionaler Disparitäten? Das Forschungsdefizit scheint hier noch einschneidender als bei der bisher behandelten Thematik. Nur zwei Untersuchungen sind bisher vorgelegt worden.

Aufbauend auf einer Darstellung des Internationalisierungsprozesses auf der Ebene des einzelnen Unternehmens versucht P. Klemmer daher in einem ersten Teil Hypothesen zu bilden. Dabei unterscheidet er mehrere Phasen (beginnende Internationalisierung, fortgeschrittene Internationalisierung) und fragt nach Kriterien, die Standortentscheidungen multinationaler Konzerne in den verschiedenen Phasen des Internationalisierungsprozesses beeinflussen. Sein Ergebnis: es wird *grenznahe Regionen und Ballungsräume* bevorzugen; erst in der letzten Phase der Internationalisierung, wenn das Unternehmen im Ausland fest etabliert ist, wird es, je nach Branche, u.U. in abgelegene Gegenden gehen, um so beispielsweise regionale Lohnunterschiede nutzen zu können.

Die Ergebnisse einer an der Universität Bochum durchgeführten empirischen Studie², die hier zusammenfassend referiert werden, bestätigen diese Annahmen auffallend deutlich. Sowohl die Investoren aus der Schweiz als auch aus den Niederlanden und Großbritannien bevorzugten in auffallender Weise *grenznahe und verdichtete Regionen*. Ähnliches gilt für Dänemark. Der Raum Frankfurt, der wegen des Flughafens als eine Art Vorland der Vereinigten Staaten angesehen werden kann, ist in den USA besonders beliebt. Direktinvestitionen aus den Vereinigten Staaten sind im übrigen noch am ehesten in ländlichen Gebieten zu finden, was nach Meinung Klemmers damit zu erklären ist, daß die amerikanischen Produktionsanlagen nicht nur besonders ausgedehnt, sondern auch historisch i. d. R. vergleichsweise lange ansässig sind, sie also im Internationalisierungsprozeß am weitesten vorangeschritten sind.

Abschließend faßt Klemmer Ergebnisse einer von ihm durchgeführten Umfrage bei Kommunalpolitikern zusammen. Seine Frage lautete: „How do you appraise the conduct up to date of multinational corporations in your area?“ Alle Befragten beurteilen diesen Einfluß in der Tendenz als positiv, wobei die Antworten der Vertreter größerer Städte zumeist etwas negativer ausfielen. Probleme bereitet insbesondere, daß a) Unternehmen, die von ausländischen Konzernen übernommen werden, häufiger in andere Gegenden umsiedeln, da die neuen Unternehmensleitungen weniger mit dem alten Standort verbunden sind, was auch dazu führt, daß z. T. Verbindungen, die vorher zwischen Unternehmen und Kommunalverwaltung bestanden, nicht mehr aufrecht erhalten wurden; sowie b) daß oft Forschungseinrichtungen nach dem Aufkauf aufgelöst werden (Konzentration der F&E-Tätigkeit bei der Muttergesellschaft), was sich sowohl negativ auf die Qualität der Arbeitsplätze als auch auf deren dauerhaften Bestand auswirken kann (Zweigniederlassungen werden in der Rezession schneller geschlossen).

– Die zweite Studie über den regionalen Einfluß multinationaler Konzerne stammt von Behring u. a. und umfaßt neben Einzelstudien über die Auslandsinvestitionen in einzelnen Bundesländern (Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein) einen groben Überblick über den Stand ausländischer Investitionen in der Bundesrepublik und über die Formen ihrer statistischen Erfassung sowie einen Hypothesenkatalog über mögliche Auswirkungen auf die Wirtschaftsstruktur, das Verhältnis Kapital-Arbeit und die Wirtschaftspolitik in Industrieländern. Das grundlegende methodische Problem derartiger Studien, die unzureichende regionale Erfassung ausländischer Direktinvestitionen, wurde hier mit Hilfe des Handbuchs „Wer gehört zu Wem?“ (Hrsg.: Commerzbank) zu lösen versucht, in dem für rund 8 000 Gesellschaften in der Bundesrepublik mit einem Gesellschaftskapital von mind. 500 000,- DM die Eigentumsverhältnisse, Sitz des Unternehmens, Höhe des Nominalkapitals und die Branchenzugehörigkeit angegeben sind.

2 Marandon, J.-C.: Die Auslandsinvestitionen. Räumliche Verteilung und räumliche Auswirkung der ausländischen Industrieansiedlung in Belgien, Frankreich und der Bundesrepublik. Unveröffentl. Manuskript. – Bochum 1977.

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht dann die Frage, ob sich ausländisches Kapital überproportional auf Ballungsgebiete konzentriert oder ob es strukturschwache Gebiete wenigstens in gleicher Weise berücksichtigt wie inländische Unternehmen.

Generell bestätigt sich der Eindruck, den auch der Beitrag von Klemmer vermittelt, überraschend deutlich: *Direktinvestitionen* in der Bundesrepublik sind *regional höchst ungleich verteilt*. Dies zeigt schon eine Analyse auf Länderebene: überproportionale Anteile der ausländischen Beteiligungen entfallen vor allem auf Baden-Württemberg, Hamburg, Bremen, das Saarland und Hessen, stark unterproportionale Anteile dagegen auf Niedersachsen und Rheinland-Pfalz. Innerhalb einzelner Bundesländer wird erneut eine *Konzentration auf grenznahe Regionen* (in Baden-Württemberg wird zum Beispiel das Oberrheingebiet von Anlegern aus der Schweiz bevorzugt) und *Verdichtungsgebiete* sichtbar. Die Bevorzugung strukturstarker Regionen durch Multinationale Konzerne wird besonders dann deutlich, wenn Standortentscheidungen in einem engeren Sinn getroffen werden, also neue Betriebe aufgebaut werden und nicht nur bereits bestehende Unternehmen von ausländischen Konzernen aufgekauft werden. Insgesamt schätzen Behring et al., daß der Anteil von ausländischen Beteiligungen in strukturschwachen Gebieten im Bereich der industriellen Investitionen nur etwa halb so groß ist wie bei vergleichbaren inländischen Firmen. Dabei legen einige Länderstudien nahe, daß dies auch aus der *Branchenverteilung* ausländischer Direktinvestitionen folgt (ein Gedanke, der in den Überlegungen Klemmers nicht enthalten war), da ausländische Anleger überdurchschnittlich in hochtechnologischen Branchen investieren, die wiederum Ballungsgebiete als Niederlassungsstandort bevorzugen.

– Die letzte uns bekannte Studie, die den Zusammenhang von internationaler Arbeitsteilung und Raumentwicklung in der Bundesrepublik genauer zu erfassen versucht, entstand im Auftrag des BMBau am *Internationalen Institut für Management und Verwaltung* des Wissenschaftszentrums Berlin, unterscheidet sich aber im Vorgehen grundlegend von den bislang vorgestellten Studien. Denn hier werden Wirkungsketten, die Veränderungen der internationalen Arbeitsteilung auf die Raumstruktur, die regionalwirtschaftliche Manövriermasse und den regionalpolitischen Handlungsspielraum einbeziehen, nicht empirisch analysiert, sondern in ihrer Tendenz als Hypothesen beschrieben und auf ihre *Plausibilität* hin nur überdacht. Zugleich wird versucht, in *alternativen Szenarien* der zukünftigen Entwicklung diejenigen Determinanten der internationalen politischen Konstellation und der wirtschaftlichen Beziehungen darzulegen und in ihren Wirkungen zu prüfen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit und längerfristig die Wirtschafts- und Regionalstruktur Westdeutschlands beeinflussen werden. Dieses soll helfen, von der Problematik herkömmlicher Trend-Prognosen wegzukommen, um so eher und möglichst frühzeitig neuartige Störungen, Disparitäten und Dysfunktionen identifizieren zu können.

Ausgangspunkt war die Überlegung, daß die hohe außenwirtschaftliche Verflechtung der Bundesrepublik Vorgänge der internationalen Arbeitsteilung *sehr rasch und nachhaltig* in

die sektorale und funktionale Struktur übersetzt. Aus diesen außenwirtschaftlich induzierten Strukturveränderungen folgen, so die These der Autoren, wegen der unterschiedlichen Standortpräferenzen der verschiedenen Sektoren und wirtschaftlichen Tätigkeiten Veränderungen der Raumstruktur, die generell die *Agglomerationsbildung fördern*. Ähnlich wie Dicke et al. sehen die Autoren Wettmann und Farki periphere und strukturschwache Regionen besonders bedroht, die in zunehmendem Maße *mit Standorten in der Dritten Welt und Süd- und Osteuropa konkurrieren müssen*. Diese Tendenz ist im Szenario „Multipolare Welt“ besonders ausgeprägt, das davon ausgeht, daß Japan und die europäischen Industrieländer nicht auf die Entwicklung eigenständiger hochtechnologischer Produktionsbereiche verzichten und sich gegen einen neuen Hegemonialanspruch der USA durch eine verstärkte F&E-Tätigkeit erfolgreich zur Wehr setzen.

Die Schlußfolgerung: Da in keinem der Szenarien ein forciertes Wirtschaftswachstum und eine hohe Mobilitätsbereitschaft angenommen werden kann, trotzdem Gravitationseffekte an Wirkung eher zunehmen, wird sich zukünftig Regionalpolitik stärker als bisher auf die Entwicklung des endogenen Potentials der Fördergebiete richten müssen. Dabei kommt der Innovationsförderung vor Ort eine zentrale Rolle zu.

Dies wiederum setzt Klarheit darüber voraus, wie die Regionen von internationalen Entwicklungen betroffen sind und welche Ansatzpunkte für eine in diesem Sinn „regionalisierte Regionalpolitik“ zu erkennen sind. Die in dieser Literaturübersicht vorgestellten Studien sind ein erster Schritt in diese Richtung.

Literaturverzeichnis

Folgende Studien werden vorgestellt:

- Körber-Weik, M.; Enke, H.: Die Auslandsverflechtung Baden-Württembergs 1960 – 1979. Bestandsaufnahme der vorhandenen Daten und erste Analysen. Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Baden-Württemberg. Unveröff. Manuskript. – Tübingen 1979.
- Schnöring, Th.: Regionale Industrieproduktion und internationale Absatzmärkte am Beispiel der norddeutschen Küstenländer. – Husum 1982.
- Peschel, K. u.a.: Auswirkungen der europäischen Integration auf die großräumige Entwicklung der Bundesrepublik (Teilbereich Wirtschaft). In: Schriftenreihe „Raumordnung“ des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Heft 06.038. – Bonn 1979.
- Dicke, H. u.a.: Beschäftigungswirkungen einer verstärkten Arbeitsteilung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Entwicklungsländern. – Tübingen 1976.
- Hoormann, J. u.a.: Internationaler Handel und regionale Beschäftigungseffekte. Eine Prognose der regionalen Arbeitsplatzentwicklung bis 1990 in der Bundesrepublik. – Dortmund 1983. = Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Bd. 32.
- Klemmer, P.: The Regional Impact of Multinational Corporations. In: Investment and Divestment Policies of Multinational Corporations in Europe. Hrsg.: European Centre for Study and Information on Multinational Corporations. – Northamptonshire 1979, S. 187 – 216.

Behring, M. u.a.: Die Regionalverteilung ausländischer Investitionen in der Bundesrepublik. Unveröffentl. Manuskript. – Konstanz 1975.

Farki, A.; Wettmann, R.: Internationale Arbeitsteilung und Raumentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Szenarien zur Regionalpolitik. In: Schriftenreihe „Raumordnung“ des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Heft 06.021. – Bonn 1978.

Aufgrund des anderen regionalen Bezugs wird hier nicht behandelt:

Mettler-Meibom, B. E.: Internationalisierung der Produktion und Regionalentwicklung (am Beispiel von Elsaß-Lothringen). Frankfurt 1979. = Campus Forsch. Bd. 82.

Gerhard Becher